



Die Industrie- und Handelskammern
in Baden-Württemberg

„Netzwerk Industrie“ – Standortbestimmung vor Corona

Beurteilung der deutschen Standortfaktoren durch
Unternehmen aus Baden-Württemberg im Vergleich
zu Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet in
2020

IHK Karlsruhe, GB 3, Linda Jeromin
Stand: Juli 2020

1. Einleitung

Baden-Württemberg hält eine herausragende Stellung als Industrieregion in Deutschland und Europa. Besondere Kennzeichen Baden-Württembergs sind dabei die mittelständische Struktur und weit verzweigte und tiefe Wertschöpfungsketten.

Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	Bruttowertschöpfung 2019, Mrd. €	Anteil an Gesamtbruttowertschöpfung des Landes 2019, %	Erwerbstätige 2019, Mio.	Anteil an Erwerbstätigen des Landes 2019, %	Exportquote 2017, %
Baden-Württemberg	150 ²⁾	31,8	1,58 ²⁾	24,7	55,1 ³⁾
Bayern	143 ²⁾	25,0	1,58 ²⁾	20,5	53,2 ³⁾
NRW	123 ²⁾	19,1	1,53 ²⁾	15,9	44,4 ³⁾
Deutschland	667 ²⁾	21,6	7,77 ²⁾	17,2	48,2 ³⁾ (47,4) ⁴⁾⁵⁾
EU (28)	2.292 ⁴⁾	15,6	32,9 ⁴⁾	13,6	45,7 ⁴⁾⁵⁾
Bezirk IHK Karlsruhe	12 ²⁾	27,5	0,12 ²⁾	19,9	51,4 ³⁾

1) Produzierendes Gewerbe ohne Bergbau, Energie-/Wasserversorgung, Baugewerbe

2) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (<https://www.statistik-bw.de/VGRdL/ueberVGR.jsp>)

3) Exportquote als Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz; Werte für Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Quelle: statistische Ämter des Bundes und der Länder (www.regionalstatistik.de)

4) Quelle: Eurostat (<https://ec.europa.eu/eurostat/de/home>)

5) Exportquote als Anteil Ausfuhr am BIP

Seit der Finanzkrise 2009/2010 hat eine Renaissance der Wertschätzung der „Realwirtschaft“ eingesetzt. In der Folge hatte die Europäische Kommission in 2014 Schwerpunkte einer europäischen Industriepolitik in einer Mitteilung veröffentlicht. Im März 2019 forderte der Europäische Rat die Vorlage einer umfassenden und langfristigen industriepolitischen Strategie der EU sowie einen integrierten Ansatz für eine Vertiefung und Stärkung des Binnenmarkts.

Die Europäische Kommission hat am 10.03.2020 eine neue Strategie vorgelegt, mit der sie die europäische Industrie beim Übergang zu Klimaneutralität und Digitalisierung umfassend unterstützen will¹. Danach wird die europäische Industrie als Motor für Wachstum und Wohlstand in Europa bezeichnet. Die Industrie spielt eine maßgebliche Rolle für das Wirtschaftswachstum sowie den Wohlstand in Europa und ist in vielen Branchen weltweit führend.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission enthält einen neuen Ansatz für die europäische Industriepolitik, der nach eigenen Angaben „fest in den europäischen Werten und sozialmarktwirtschaftlichen Traditionen verankert ist und alle Akteure der europäischen Industrie, einschließlich großer und kleiner Unternehmen, innovativer Start-up-Unternehmen, Forschungszentren, Dienstleistungserbringern, Anbietern und Sozialpartnern unterstützt.“

Zusätzlich zu einem umfassenden Maßnahmenpaket, das sowohl für horizontale als auch für spezifische Technologien konzipiert ist, will die Kommission die Risiken und Bedürfnisse verschiedener industrieller Ökosysteme systematisch analysieren. Bei dieser Analyse will die Kommission eng mit einem inklusiven offenen Industrieforum zusammenarbeiten, das bis September 2020 eingerichtet werden soll. Es soll sich aus Vertretern aus der Industrie, einschließlich

¹ https://ec.europa.eu/germany/news/20200310-neue-industriestrategie_de

großer und kleiner Unternehmen sowie Start-Up-Unternehmen, und Forschungseinrichtungen, Sozialpartnern sowie der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen zusammensetzen. Bei Bedarf soll Fachwissen von Experten aus bestimmten Bereichen eingeholt werden. Auf den jährlich veranstalteten Industrietagen der Kommission werden weiterhin alle Akteure zusammenkommen.

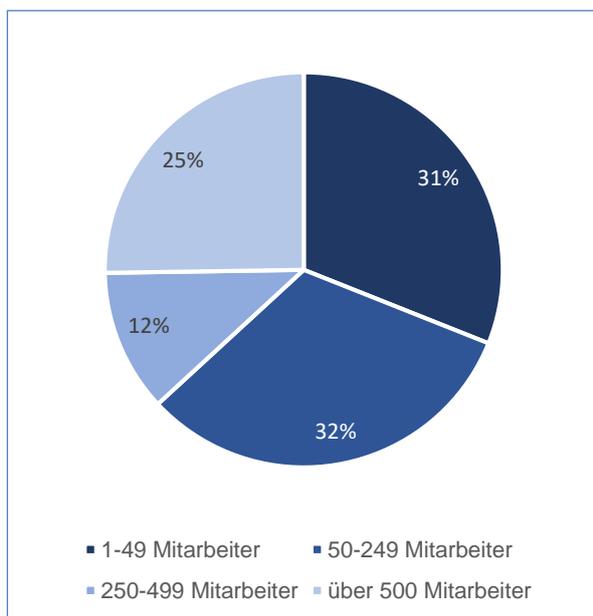
Die Industriepolitik in Deutschland erfuhr durch die Vorlage eines Entwurfes einer Industriestrategie durch Bundeswirtschaftsminister Altmaier Anfang 2019 stärkere Aufmerksamkeit. Auch das in 2015 gegründete Bündnis „Zukunft der Industrie“ wurde reaktiviert. Eine im September 2019 organisierte „Woche der Industrie“ brachte nicht ganz die erhoffte Resonanz in der Öffentlichkeit und in der Industrie. Ergebnisse der angekündigten Strukturstudie zur Industrie in Deutschland wurden am 24.06.2020 veröffentlicht. Diese sollen als Grundlage für weitere Maßnahmen dienen.

Das auf Landesebene Baden-Württemberg bestehende Netzwerk „Industriedialog“ als Fortführung des Projektes „Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025“ besteht als regelmäßiger informeller Austausch fort. Weitere Aktivitäten werden in Abhängigkeit von zu entwickelnden Maßnahmen auf Bundesebene überlegt.

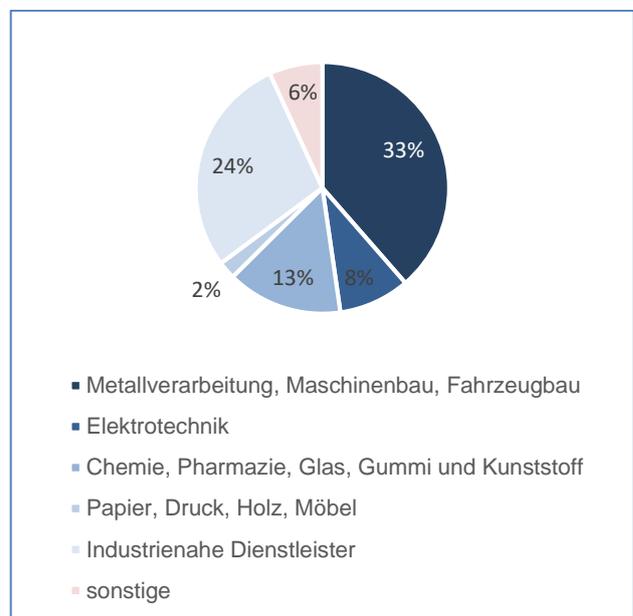
Über 80 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) leistet in Baden-Württemberg die Wirtschaft (23,3 Mrd. Euro in 2017). Deren FuE-Stärke basiert in erster Linie auf den FuE-intensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, wie beispielsweise Kraftfahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Die Industrie entwickelt innovative Technologien und effiziente Verfahren und trägt damit auch immer stärker zur Lösung von Umweltproblemen und zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Sie ist somit Antreiber und Impulsgeber unserer Wirtschaft.

2. Die Befragung

Die Industrie- und Handelskammern in Deutschland befragten vom 10.02. bis 23.03.2020 Industrieunternehmen und industrienaher Dienstleister schriftlich nach ihren Einschätzungen zu den Standortfaktoren des Industriestandortes Deutschland und den Handlungsanforderungen an die Politik. Deutschlandweit haben insgesamt 1.794 Unternehmen an der Befragung teilgenommen, in Baden-Württemberg waren es 104, das entspricht einem Anteil von 6 %. Der ganz überwiegende Anteil der Antworten wurde zu Beginn des Befragungszeitraumes im Februar abgegeben (Stand 28.02.: D: 1215 (~68 %), BW: 90 (~87 %); Stand 06.03.: D: 1446 (~81 %), BW: 98 (~94 %)) und damit vor dem Covid-19 bedingten Shutdown ab Mitte März in Deutschland (u. a. mit folgenden Maßnahmen: Schulschließungen ab 16.03., weltweite Reisewarnung ab 17.03., Kontaktbeschränkungen ab 22.03.). Es kann somit angenommen werden, dass die Antworten noch wenig beeinflusst waren von politischen oder eigenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus.



Angaben befragter Unternehmen aus Baden-Württemberg zu ihrer Betriebsgröße in Prozent



Angaben befragter Unternehmen aus Baden-Württemberg zu ihrer Branchenzugehörigkeit in Prozent

Ein Großteil (rund zwei Drittel 63 %) der antwortenden Unternehmen aus Baden-Württemberg sind kleine und mittelständische Betriebe (bis 249 Beschäftigte). Bei den Branchen stellt die Gruppe der metallverarbeitenden Betriebe, Maschinenbau, Fahrzeugbau mit 33 % den größten Anteil an den Antworten.

3. Beurteilung der Standortfaktoren

3.1 Beurteilung der Standortfaktoren im Vergleich

Standortfaktor	Deutschland	Baden-Württemberg
Energieversorgungssicherheit	3+ (2,6)	3+ (2,7)
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort	3+ (2,7)	2- (2,4)
Qualifikation von Fachkräften	3+ (2,8)	3+ (2,6)
Vernetzung von Forschung/Hochschulen mit Unternehmen	3 (2,8)	3+ (2,7)
Verfügbarkeit von Rohstoffen	3 (2,8)	3+ (2,6)
Rechtssicherheit	3 (2,9)	3+ (2,7)
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen	3 (2,9)	3 (2,9)
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten	3 (3,2)	3 (3,0)
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen	3 (3,2)	4+ (3,5)
Image der Industrie in der Gesellschaft	3 (3,2)	3 (3,1)
Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	3- (3,3)	3- (3,3)
Verkehrsinfrastruktur	4+ (3,5)	4+ (3,7)
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien	4+ (3,6)	4+ (3,6)
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung	4+ (3,6)	4+ (3,7)
Verfügbarkeit von Fachkräften	4+ (3,7)	4+ (3,7)
Umweltschutzaufgaben	4 (3,8)	4+ (3,7)
Breitbandanbindung/Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur	4 (4,0)	4- (4,3)
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten	4- (4,3)	4- (4,3)
Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)	4- (4,4)	5+ (4,5)
Höhe der Steuern und Abgaben	4- (4,4)	5+ (4,5)
Energiekosten/Höhe der Energiekosten	5+ (4,5)	4- (4,4)
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)	5+ (4,6)	5+ (4,7)
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren	5+ (4,7)	5 (4,8)
Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen ²	5 (4,8)	5 (4,9)
Durchschnitt	4+ (3,6)	4+ (3,6)
Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung	4 (3,9)	4 (3,9)
Bewertung der Wirtschaftspolitik der (jeweiligen) Landesregierung	3- (3,4)	4+ (3,5)

Bewertung der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, auf einer Skala von eins „klarer Wettbewerbsvorteil“ bis sechs „nicht wettbewerbsfähig“, nach Regionen sowie Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bzw. der jeweils eigenen Landesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland, Ergebnisse in Schulnoten³, auf einer Skala von eins „sehr gut“ bis sechs „ungenügend“, nach Regionen

Der Durchschnitt der Bewertungen über alle Standortfaktoren aus Sicht der Unternehmen aus Baden-Württemberg ist gut ausreichend (Note 3,6). Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erhält mit der Note 3,9 eine etwas schlechtere Bewertung. Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird mit 3,5 etwas besser gesehen. Zu berücksichtigen ist, dass die vielfältigen Maßnahmen, die die Bundes- und Landesregierungen zur Bewältigung der Corona-Krise ergriffen haben, in die Bewertung nicht eingeflossen sind. Die Bewertung der

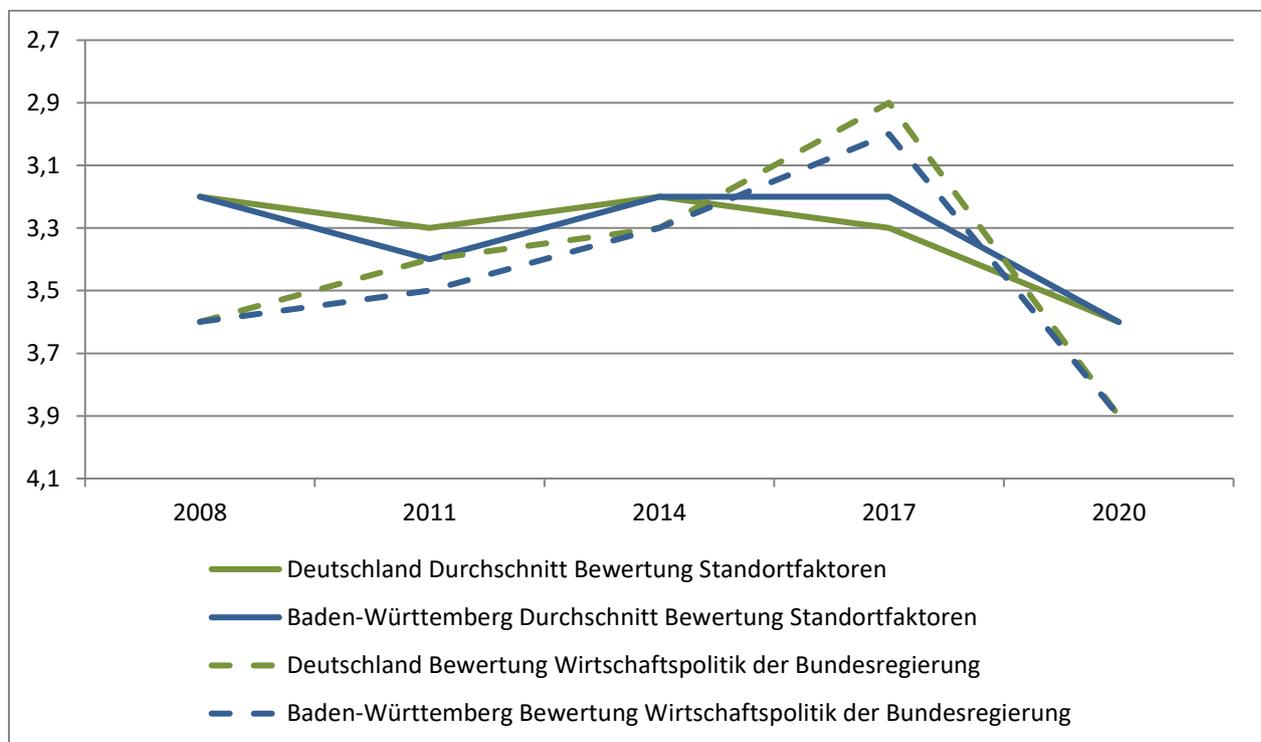
² Dieser Standortfaktor wurde in 2020 erstmalig in die Befragung aufgenommen.

³Notenschlüssel: 1,5 bis 1,7 = 2+ 1,8 bis 2,2 = 2 2,3 bis 2,4 = 2- übrige Noten analog

Wirtschaftspolitik der Bundesregierung durch die Unternehmen aus Deutschland gesamt ist mit 3,9 in 2020 um eine ganze Note schlechter als mit 2,9 in 2017. Der Durchschnitt der Bewertungen der einzelnen Standortfaktoren liegt wie in Baden-Württemberg bei 3,6.

Wie in den Vorjahren fällt auf, dass die Bewertungen der einzelnen Standortfaktoren durch die Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu denen aus Baden-Württemberg nah beieinander liegen. Besser als im Bundesschnitt sehen die baden-württembergischen Betriebe die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen/Dienstleistern vor Ort mit der Note 2,4, der zugleich der bestbewertete Standortfaktor ist (D: 2,7). Schlechter sehen die hiesigen Betriebe die Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen (BW: 3,5; D: 3,2) und die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur (BW: 4,3; D: 4,0).

3.2 Beurteilung der Standortfaktoren im zeitlichen Verlauf



Durchschnitte der Bewertungen der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich⁴, auf einer Skala von eins „klarer Wettbewerbsvorteil“ bis sechs „nicht wettbewerbsfähig“, sowie Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland, in zeitlichem Verlauf

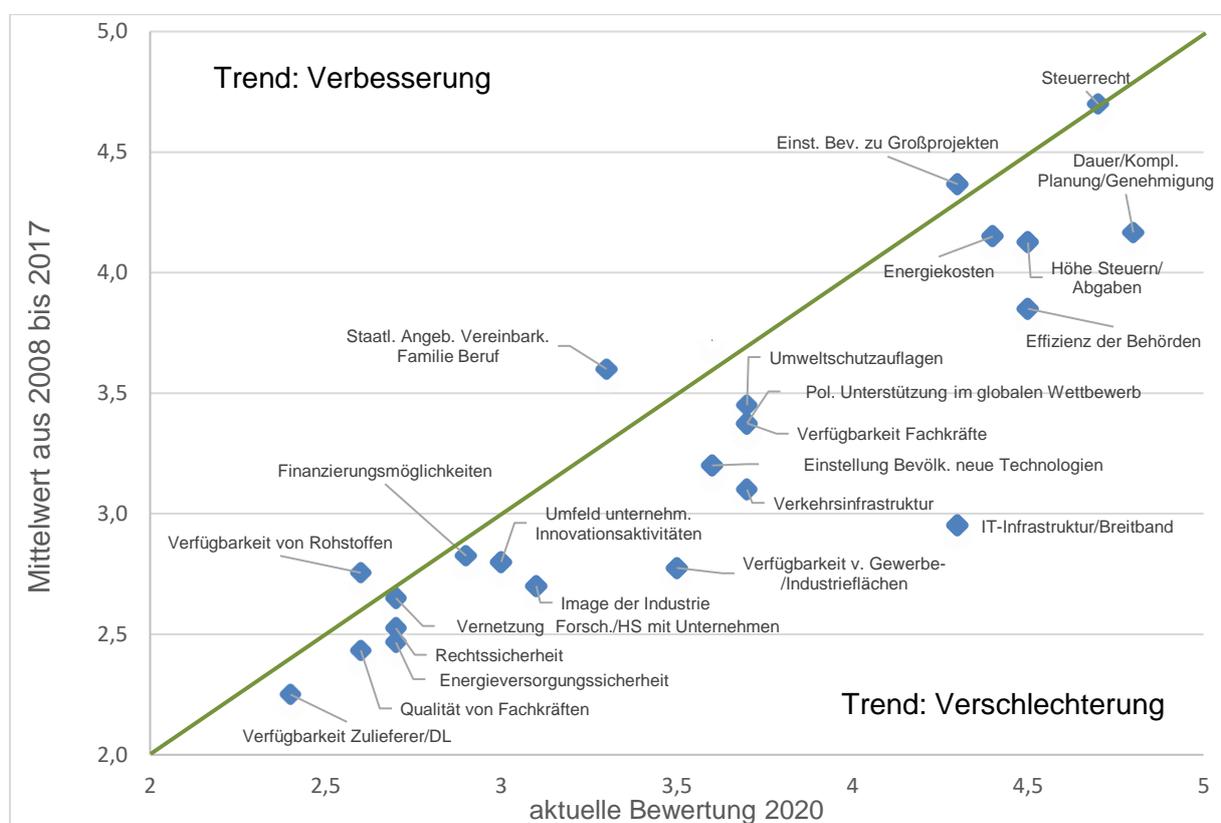
Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erlebt sowohl in Baden-Württemberg als auch in Deutschland einen deutlichen Einbruch gegenüber 2017. Der positive Trend der Jahre 2008 bis 2017 wurde dabei komplett überkompensiert. Die Bewertung der

⁴ Der Durchschnitt wurde für die jeweils abgefragten Standortfaktoren ermittelt, dabei gab es leichte Anpassungen, siehe Fußnote 5. Der Standortfaktor Sozialer Friede hatte in den vergangenen Umfragen stets überdurchschnittliche Noten (im Mittel von 2008 bis 2017 die Note 2,5) erhalten. Er wurde 2020 ersetzt durch den Standortfaktor Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen, der mit 4,8 die schlechteste Bewertung aller Standortfaktoren erhielt. Dies verursacht einen Rückgang von knapp 0,1 beim Durchschnitt für 2020 ggü. 2017.

Wirtschaftspolitik der baden-württembergischen Landesregierung sackte ebenfalls ab, von 2,9 in 2017 auf 3,5 in 2020. Auch hier gilt es zu berücksichtigen, dass die Bewertung die Stimmungslage aus vor-Corona-Zeiten widerspiegeln.

Der aktuelle Durchschnitt der Bewertungen der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zeigt den schlechtesten Wert seit der ersten Umfrage in 2008. Auch die Durchschnitte der Bewertungen im zeitlichen Verlauf seit 2008 zeigen sowohl bei den Unternehmen aus Baden-Württemberg als auch in Deutschland insgesamt einen negativen Trend.

Baden-Württembergische Bewertung der Standortfaktoren im zeitlichen Verlauf im Detail:



Bewertung der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich durch die Unternehmen in Baden-Württemberg, Darstellung des Trends (Durchschnitt der Bewertungen der Vorjahre⁵ im Vergleich zur aktuellen Bewertung), Ergebnisse in Schulnoten

Im Vergleich zu den vier Vorgänger-Umfragen werden in 2020 mehr Standortfaktoren in Baden-Württemberg im Trend schlechter beurteilt. Nur drei Standortfaktoren haben sich in Baden-

⁵ Für die Standortfaktoren Qualität von Fachkräften, Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten, Energieversorgungssicherheit, staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Dauer/Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten/neuen Technologien wurde erstmals 2011 die Bewertung abgefragt. Die Standortfaktoren Verfügbarkeit von Rohstoffen und Demografische Entwicklung wurden 2014 erstmals ergänzt. In 2017 wurden zudem der Standortfaktor Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten/neuen Technologien getrennt in zwei Faktoren abgefragt sowie der Faktor Image der Industrie in der Gesellschaft neu aufgenommen. Die Standortfaktoren sozialer Frieden und Demografische Entwicklung sind in der Umfrage 2020 entfallen. Der Standortfaktor Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen wurde 2020 erstmals abgefragt.

Württemberg gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre verbessern können, zwei blieben gleich, 18 haben sich verschlechtert, davon 10 deutlich um mindestens 0,3 in der Benotung.

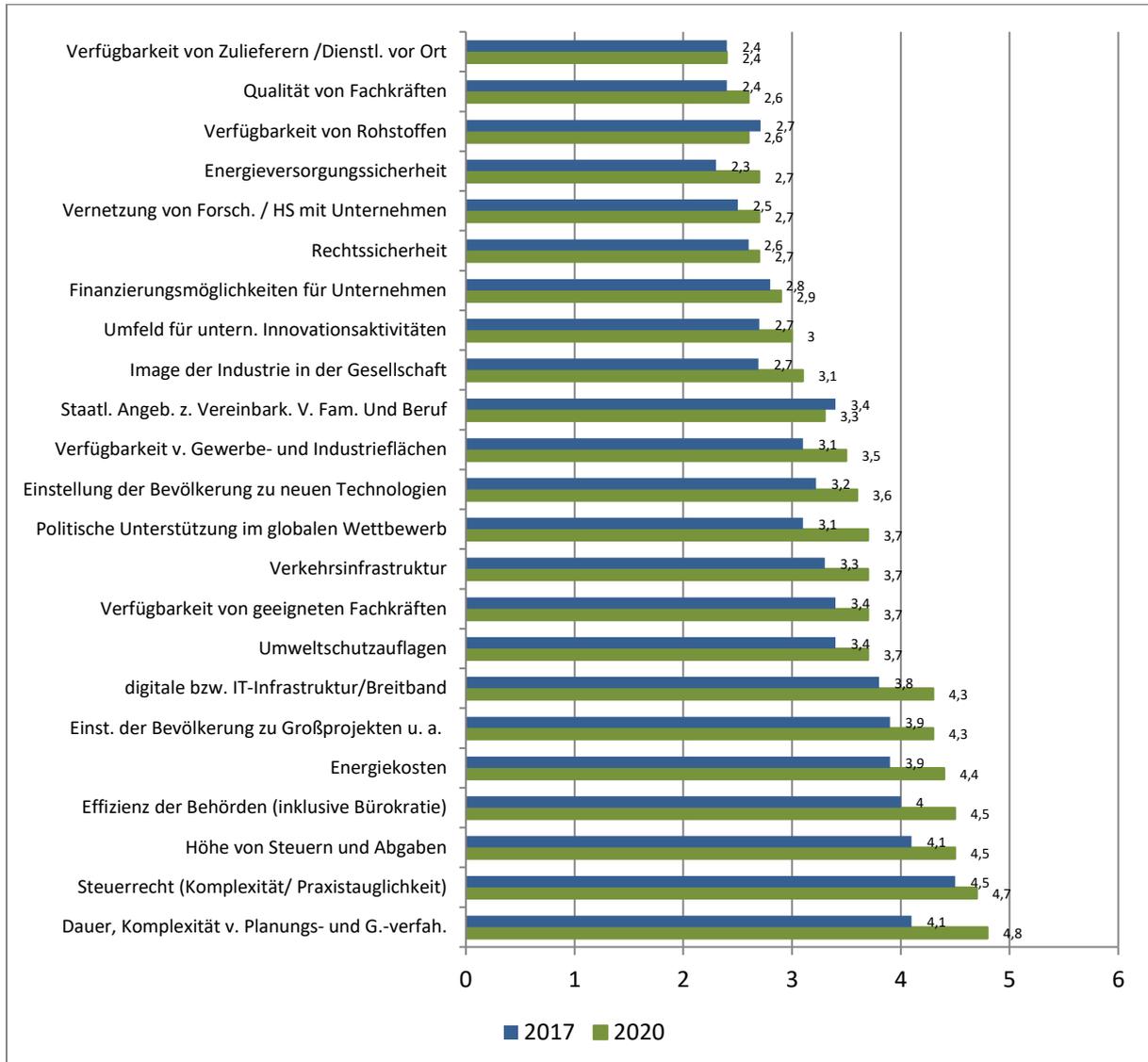
Deutlicher Verlierer ist die digitale bzw. IT-Infrastruktur, die 2008 noch einen TOP-Wert von 2,3 erreichte und in 2020 nur noch mit 4,3 bewertet wird (mit einem in etwa linearen Verlauf des Rückgangs).

In Baden-Württemberg ebenfalls deutlicher verloren haben gegenüber den Vorjahren die Standortfaktoren Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen sowie die Verkehrsinfrastruktur, Effizienz der Behörden (inkl. Bürokratie) und Dauer, Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Geringe Gewinne verzeichnen die Standortfaktoren staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verfügbarkeit von Rohstoffen und Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten.

Beim Vergleich der aktuellen Bewertung zu den Durchschnitts- und den Bewertungen der Vorumfragen zeigt sich bei den Ergebnissen für Deutschland gesamt ein sehr ähnliches Bild wie in Baden-Württemberg. Nur ein Standortfaktor (Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf) hat sich verbessert, zwei blieben gleich und 20 haben sich verschlechtert. Deutlich verschlechtert haben sich ebenfalls die Bewertungen für die digitale bzw. IT-Infrastruktur von 2,3 in 2008 auf 4,0 in 2020 sowie für die Standortfaktoren Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen sowie von Fachkräften, Verkehrsinfrastruktur, Effizienz der Behörden (inkl. Bürokratie) und Dauer, Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Baden-Württembergische Bewertung der Standortfaktoren im Vergleich mit der Umfrage von 2017



Bewertung der Standortfaktoren Deutschlands mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich durch die Unternehmen in Baden-Württemberg, Vergleich der aktuellen Umfrage 2020 mit 2017, Ergebnisse in Schulnoten

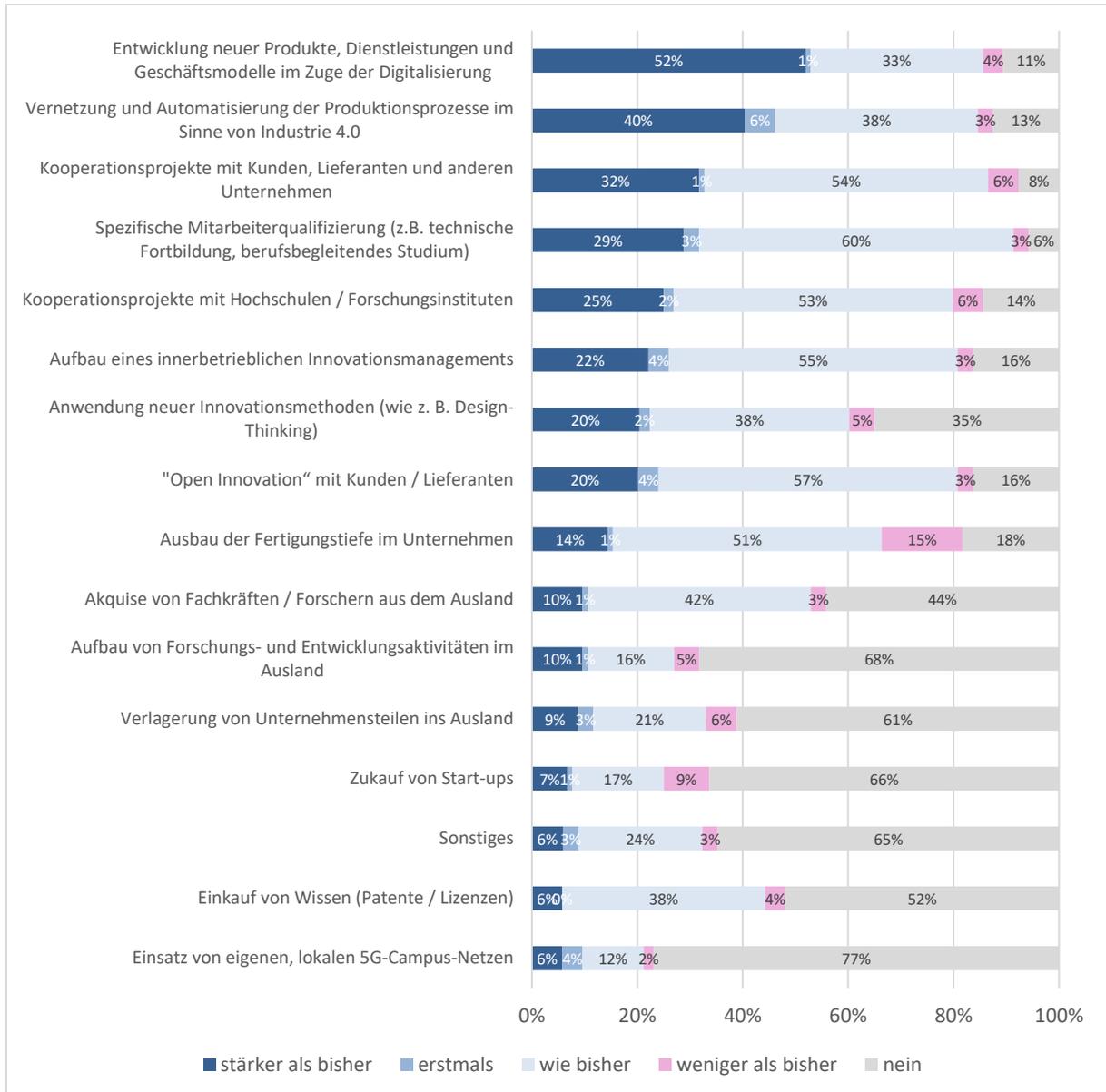
Im Vergleich zur vorherigen Umfrage werden in 2020 in Baden-Württemberg 2 Standortfaktoren besser beurteilt als 2017: Minimal gewonnen haben in 2020 im Vergleich zu 2017 die Standortfaktoren Verfügbarkeit von Rohstoffen und Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich haben sich 20 Standortfaktoren verschlechtert, einer erhält die gleiche Bewertung wie in der Vor-Umfrage.

Die größten Verlierer gegenüber der Vorgängerumfrage sind die Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren (-0,7 Notenpunkte), politische Unterstützung im globalen Wettbewerb (-0,6 Notenpunkte), Effizienz der Behörden, Energiekosten und digitale bzw. IT-Infrastruktur (alle -0,5 Notenpunkte).

Vergleichbares Bild in Deutschland: größte Verlierer sind der Standortfaktor Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren und der Standortfaktor Energiekosten (beide - 0,5 Notenpunkte). Ebenfalls deutliche Verschlechterungen mit jeweils -0,4 Notenpunkten erfahren die Standortfaktoren Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb, Verfügbarkeit von Fachkräften, Umweltschutzauflagen und die Effizienz der Behörden. Allein der Standortfaktor Staatliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich minimal verbessert.

Angesichts der Corona-Krise sind von der Bundesregierung verschiedene Maßnahmen und Gesetzesänderungen angestoßen worden, wie beispielsweise das beschlossene Planungssicherungsgesetz oder die Deckelung der EEG-Umlage. Diese könnten für positiven Einfluss auf die Standortfaktoren Energiekosten sowie Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren haben.

4. Aktivitäten der Unternehmen



Angaben der Unternehmen, welche Aktivitäten sie in den kommenden 12 Monaten planen, um innovativer und wettbewerbsfähiger zu werden. Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Die Unternehmen ergreifen viele Maßnahmen stärker als bisher, um innovativer und wettbewerbsfähiger zu werden. Auf den ersten Plätzen finden sich Maßnahmen zur Digitalisierung und zu Industrie 4.0. Weiter finden sich Kooperationen und die Mitarbeiterqualifikation ganz vorn. Ein sehr vergleichbares Bild zeigt sich für die Unternehmen aus Deutschland in der Gesamtschau. Die Reihenfolge der Maßnahmen ist fast identisch. Auffällig ist, dass die Unternehmen aus Baden-Württemberg häufiger Maßnahmen stärker als bisher ergreifen. So beträgt die Differenz bei der Maßnahme Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung plus 10 Prozentpunkt im Vergleich zu Deutschland gesamt. Bei den Maßnahmen auf Platz 2 und 3 beträgt die Differenz noch plus 5 Prozent.



Bei der Verlagerung von Unternehmensteilen beträgt der Saldo von Unternehmen aus Baden-Württemberg, die stärker als bisher verlagern wollen, abzüglich derer, die weniger als bisher verlagern wollen +3 % (D: +4 %). 3 % (D: 2 %) wollen erstmals diese Maßnahme ergreifen. Im Saldo wollen 5 % der Unternehmen aus Baden-Württemberg Forschungsaktivitäten im Ausland stärker als bisher aufbauen (D: 3%) und 1 % (D: 3 %) planen dies erstmals.